

Die Streiks brachten nur einen ersten Teilerfolg

Was Rationalisierung bedeutet und warum „Freigesetzte“ nicht mehr in anderen

Wirtschaftszweigen unterkommen können / Von Edgar Einemann

Die Tarifaueinandersetzungen um die Sicherung von Arbeitsplätzen gegen die Folgen von technischer Rationalisierung in diesem Frühjahr sind nach Darstellung des DGB-Vorsitzenden Heinz Oskar Vetter nur ein „Vorgeschmack“ für kommende Konflikte, die aus dem Interessengegensatz von Arbeitnehmern und Unternehmern resultieren. Was Rationalisierung bedeutet, und welcher Zusammenhang zwischen Investitionen und Rationalisierung besteht, darüber gibt folgender Überblick Aufschluß. Der Autor ist wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Bremen. Er arbeitet in einer Forschungsstelle, die aufgrund eines Kooperationsvertrages zwischen Hochschule und Bremer Arbeiterkammer eingerichtet wurde und sich den Problemen der Arbeitnehmer in der Arbeitswelt widmet. Red.

Arbeitsverschlechterungen

Das Problem der Rationalisierung in der industriellen Fertigung und den Büros ist seit Anfang 1978 verstärkt in das Blickfeld der Öffentlichkeit geraten. Zwei fast gleichzeitig stattfindende längere Arbeitskämpfe und Aussperrungen bezogen sich in der Hauptsache auf Rationalisierungsfolgen. Die IG Druck und Papier beklagte in den vergangenen Jahren den Verlust von ca. 35 000 Arbeitsplätzen durch Rationalisierungen und wollte die durch den Einsatz von rechnergesteuerten Textsystemen und Bildschirmgeräten in ihrer Existenz bedrohte Berufsgruppe der Setzer löhnen- und arbeitsplatzmäßig absichern. Die IG Metall führte ihren Arbeitskampf in Nordbaden/Norwürttemberg mit dem Ziel, die im Gefolge von Rationalisierungen umgesetzten und dequalifizierten Arbeiter vor Lohneinbußen durch Abgruppierungen zu schützen. Der erstmalige massive Einsatz des Mittels des Streiks durch die Gewerkschaften deutet darauf hin, daß dem Problem „Rationalisierung“ eine besondere Bedeutung beigemessen wird.

Die Bedrohung durch technische und arbeitsorganisatorische Veränderungen ist deshalb besonders groß, weil einerseits weitere einschneidende Rationalisierungen bevorstehen, andererseits aber bei einer Sockelarbeitslosigkeit von einer Million Beschäftigten für die „freigesetzten“ Arbeitnehmer kaum eine andere Perspektive als die der Arbeitslosigkeit besteht.

Die von der IG Druck und Papier und der IG Metall durchgesetzten Tarifverträge können zwar für einen bestimmten Zeitraum die von Arbeitsveränderungen betroffenen Arbeitnehmer vor Einkommenseinbußen schützen und neue Arbeitsplätze für „Rationalisierungsoffer“ reservieren, aber damit ist die Zahl der zukünftigen Arbeitsplätze nicht festgelegt und kein umfassender Schutz vor Entlassungen und Arbeitslosigkeit gegeben, wie die Regelungen in bezug auf die Zuschüsse bei Umschulungen und Abfindungen bei Entlassungen zeigen. Mit Hilfe der abgeschlossenen Tarifverträge sind Arbeitsverschlechterungen nach Rationalisierungen nicht vermeidbar.

Die Abwehr-Arbeitskämpfe waren nur ein erster Teilerfolg. Insbesondere die IG Metall hat mehrere Tagungen zum technologischen Wandel durchgeführt und in ihren Publikationen auf die zu erwartenden einschneidenden Veränderungen in der Industrie hingewiesen.

„Die für die Arbeitsplätze wohl gefährlichste neue Technologie ist die Mikroelektronik und ihr Hauptprodukt: der Mikroprozessor“ (Eugen Loderer). Der Vorsitzende der IG Metall weiter im Funktionärsorgan „Der Gewerkschafter“ (Juni 1977): „Der Einbau der Mikroprozessoren läßt Fertigungszeiten und Fertigungstiefe schrumpfen: beim Taxameter von 11,7 auf 3,7 Stunden; beim Fernschreiber von 75,3 auf 17,7 Stunden; bei Telefonvermittlungen von 98 900 auf 17 500 Stunden... Der Kreis der betroffenen Arbeitnehmer weitet sich aus, wenn die fertigen Geräte eingesetzt werden: Zwei bis drei Millionen Textverarbeiter in Büro und Verwaltung sehen infolge des Mikrocomputereinsatzes ihre Arbeitsplätze gefährdet. Mikroprozessoren werden zu rasant sinkenden Kosten in gewaltigen Stückzahlen automatisch hergestellt. Das forciert die weitere Anwendung von Mikroprozessoren. Und es stellt radikal die Vollbeschäftigung in Frage.“

Industrieroboter

Im Gefolge des Einsatzes von elektronischen Steuerungselementen werden ganze Berufsgruppen wie Feinmechaniker und Werkzeugmacher tendenziell überflüssig. Monteure für Supermarktkassen werden kaum noch gebraucht; die Zahl der in der Uhrenproduktion Tätigen sank von 32 000 auf 17 000; im VW-Werk ersetzen schon 85 elektronisch gesteuerte Schweißautomaten (Industrieroboter) 350 Arbeiter; eine elektronisch gesteuerte Buchungs- und Formbriefschreibanlagen erledigt die Arbeit von 250 Bürokräften; Schreibautomaten werden bis zu einer Million Arbeitsplätze (Sekretärinnen) vernichten; computergesteuerte Lichtsatzautomaten leisten in einer Zeitungsdruckerei das gleiche wie 70 Setzmaschinen herkömmlichen Typs; elektronische Geldmaschinen übernehmen Schaltdienste: das Zählen, Quittieren und Buchen von Einzahlungen. Diese Zahlen publizierte der „stern“ schon im Februar 1977.

Die Industrieroboter zum Beispiel haben sogar besondere Vorzüge gegenüber dem arbeitenden Menschen: „Den ‚robys‘ machen Lärm, Hitze, Staub und Dämpfe sowie einseitige Tätigkeit oder Monotonie nichts aus. Sie stapeln oder transportieren schwere Lasten, ohne daß ihre ‚Bandscheibe‘ Schaden leidet. Sie arbeiten pausenlos auch dort, wo menschliche Arbeit unzumutbar ist“, wird im „Gewerkschafter“ (März 1978) geschildert.

Im Angestelltenbereich ist neben den schon dargestellten Technisierungen (Schreibautomaten, Buchungsanlagen, Geldautomaten, Zeichenmaschinen, EDV-Einsatz) vor allem mit arbeitsorganisatorischen Veränderungen zu rechnen. „Die beliebtesten Ansatzpunkte im kaufmännischen Bereich sind jene Abteilungen, in denen zuerst die Tätigkeiten neu organisiert und ‚genormt‘ wer-

den können. Hierzu gehören das Finanz- und Rechnungswesen, der Ein- und Verkauf, die Rechnungsprüfung und die Materialwirtschaft.“ Im Zuge der „Taylorisierung“ der Angestelltentätigkeiten (Arbeitszerteilung, Spezialisierung und Leistungsverdichtung) werden standardisierte Vorgabezeiten für einzelne Arbeiten entwickelt (MTM-System in der Textverarbeitung) und leistungsanzehende Gehälter und Pensumvereinbarungen (Feierabend nach Leistungserfüllung) eingeführt. „In einem Unternehmen, um ein Beispiel zu nennen, ermittelte ein (seriöses) Betriebsberatungsunternehmen eine mögliche Senkung der Angestelltenzahlen um 30 Prozent“, hieß es schon 1970 in einem Forschungsbericht des Rationalisierungskuratoriums der deutschen Wirtschaft.

Wenn man Rationalisierung zunächst allgemein versteht als die Summe der Methoden zur Steigerung der Produktivität der menschlichen Arbeit (Veränderungen von Technik und Arbeitsorganisation), und sowohl das Volumen der geleisteten Arbeit als auch die Produktivität bekannt sind, dann können die „Freisetzungen“ durch Rationalisierung berechnet werden. Solche umfangreiche Berechnungen hat das IFO-Institut schon Ende der 60er Jahre im Auftrag des RKW (Rationalisierungs-Kuratorium der Deutschen Wirtschaft) vorgenommen. Für das verarbeitende Gewerbe stellte IFO in der Zeit von 1950 bis 1960 insgesamt 4,009 Millionen „Freisetzungen“ fest, das sind 48,1 Prozent der Erwerbstätigen und entspricht einer jährlichen „Freisetzungsquote“ von 6,3 Prozent. In der Zeit von 1960 bis 1968 waren erneut 4,68 Millionen Freisetzungen, das sind 36,6 Prozent der Erwerbstätigen und 5,5 Prozent im Jahreschnitt, zu verzeichnen. Das Institut prognostizierte für die Zeit von 1968 bis 1980 5,179 Millionen „Freisetzungen“ im verarbeitenden Gewerbe und 10,59 Millionen in der Gesamtwirtschaft.

Der wirtschaftliche Aufschwung in der Bundesrepublik und die Ausdehnung der Produktion sowie Arbeitszeitverkürzungen verhinderten, daß die „Freisetzungen“ in größere Arbeitslosigkeit umschlugen. „Bisher konnte die Freisetzung durch Wiederbeschäftigung in der Gesamtwirtschaft kompensiert werden... Durch Produktivitätsfortschritte ließ sich also in der Zeit von 1960 bis 1968, d.V. die Schaffung von 12,5 Millionen Arbeitsplätzen, die überhaupt nicht hätten besetzt werden können, vermeiden“, stellte das IFO-Institut noch 1970 fest. Für die Zeit von 1968 bis 1980 sah das Institut ebenfalls keine Schwierigkeiten, die „Freisetzungen“ durch eine weitere Produktionsausdehnung und Arbeitszeitverkürzungen zu kompensieren und Arbeitsplätze einzusparen; „die wegen der anhaltenden Knappheit des Produktionsfaktors Arbeit überhaupt nicht besetzt werden können“. Aber so heißt es auch: „Die Vollbeschäftigung kann nur durch weiteres Nachfragewachstum gesichert werden... Insofern liegt im Produktivitätswachstum nicht nur das Risiko der Freisetzung, sondern auch die Chance des Wirtschaftswachstums durch Wiederbeschäftigung“.

Eine neue Analyse des DIW (Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung) kommt auch zu dem Ergebnis, daß in der Zeit von 1960 bis 1978 „die jährlichen Abgänge von Arbeitsplätzen mit nur geringer Änderung eine Größenordnung von 1,3 Millionen hatten... an den stillgelegten Anlagen (waren) viermal mehr Arbeitskräfte beschäftigt... als an neuen Anlagen benötigt werden“.

Das Wachstum der Nachfrage stieg zumindest bis 1971 derartig rapide an, daß nicht nur die in der Industrie durch Rationalisierung „freigesetzten“ Arbeitskräfte, sondern zusätzlich mehrere Millionen Menschen beschäftigt werden konnten. So stieg die Zahl der Beschäftigten im verarbeitenden Gewerbe von 8,5 (1950) auf 13,2 (1970) Millionen, in der Industrie im gleichen Zeitraum von 4,8 auf 8,6 Millionen. Dabei war die Zahl der in der Bekleidungsindustrie Beschäftigten z. B. um 550 000 rückläufig, während die der Beschäftigten im Maschinenbau um die gleiche Zahl zunahm. Seit 1970 ist nun zwar nicht die Produktion, wohl aber die Zahl der Beschäftigten zurückgegangen. Den 1,3 Millionen jährlich verlorenen Arbeitsplätzen stehen nur noch 900 000 neu geschaffene gegenüber.

Entlassungen und mit Lohneinbußen verbundene innerbetriebliche Umsetzungen, also Arbeitslosigkeit und Einkommensminderung, sind Rationalisierungsfolgen in einer Zeit der brachliegenden Kapazitäten und der Massenarbeitslosigkeit. Die schlagartige Liquidierung qualifizierter Berufe infolge des technischen Wandels (z. B. Setzer/Druckindustrie) und die Konsequenz der Fließbandarbeit (zirka fünf Prozent der berufstätigen Arbeiter) infolge der Zerlegung von Tätigkeiten sind nur der deutliche Ausdruck der keineswegs uneingeschränkt positiven Auswirkungen der Steigerung der Produktivität auf die Arbeitssituation.

Breit angelegte Studien haben ergeben, daß mit technischen Veränderungen keineswegs durchgängig eine Höherqualifizierung, sondern vielmehr eine Polarisierung der Qualifikationsanforderungen verbunden ist; relativ wenigen sehr qualifizierten zusätzlichen Arbeitsplätzen stehen geringere Anforderungen an vielen Arbeitsplätzen gegenüber, und selbst Tätigkeiten in der automatisierten Produktion (z. B. in Meßwarten der Großchemie) sind in der Regel von qualifizierten Angelernten zu bewältigen.

Die Zahl der abhängig Erwerbstätigen mit Nacht- und Schichtarbeit sowie Sonn- und Feiertagsarbeit stieg von 2,2 Millionen (1960) über 3,0 Millionen (1965) auf über 3,8 Millionen im Jahr 1972 an. Die Zahl der im Leistungslohn arbeitenden Männer im produzierenden Gewerbe stieg von 26 (1957) auf 33 Prozent (1972) an, die der Frauen im gleichen Zeitraum von 33 auf 43 Prozent. 1974 arbeiteten zirka eine Million nach dem MTM-System, das die Verdichtung, Normierung und Vereinfachung der Arbeit zum Ziel hat. 1,5 bis zwei Millionen Arbeiter leisten nach wie vor körperliche Schwerarbeit; mindestens eine halbe Million Beschäftigte arbeitet am Fließband.

Die sehr hohen Arbeitsbelastungen werden deutlich an den Zugängen in den Rentenversicherungen wegen Berufs- und Erwerbsunfähigkeit: 1963 waren es 58,2 Prozent, 1970 52,5 und 1974 nach der Einführung der flexiblen Altersgrenze immer noch 40,4 Prozent. Wegen Lärmschwerhörigkeit und Lärmtaubheit wurden 1960 25 „Fälle“ erstmals entschädigt, 1974 waren es 1589 (die Zahl der „angezeigten Fälle“ stieg von 149 auf 9890). Eine Vorbeugeuntersuchung in Baden-Württemberg förderte den schlechten Gesundheitszu-

stand der Arbeiter ans Tageslicht: bei den nicht krank gemeldeten Arbeitern wurden bei 64 Prozent der Männer und 71 Prozent der Frauen behandlungsbedürftige Störungen festgestellt. Eine Untersuchung des Gesundheitszustandes von Schichtarbeitern ergab bei 36 Prozent Verdauungsstörungen, bei 40 Prozent Appetitlosigkeit, bei 82 Prozent vegetative Störungen und bei 62 Prozent ungenügenden Schlaf.

In allen Arbeiterbefragungen der letzten zehn Jahre glaubten denn auch zwischen 30 und 50 Prozent, ihre Arbeit nicht bis zur Rente durchhalten zu können, und zwischen 31 und 51 Prozent kritisierten das Arbeitstempo als zu hoch. Trotz eines rückläufigen Trends waren 1974 noch 2,2 Millionen Arbeiter von Arbeitsunfällen oder Berufskrankheiten betroffen.

Diese sehr globalen Zahlen sind noch nicht einmal in der Lage, die praktische Bedeutung von Qualifikationsverlusten, zunehmender Monotonie, Steigerungen des Arbeitstempos, Einschränkungen der Entscheidungsspielräume, Arbeit unter Umgebungselastungen wie Lärm und Schadstoffen und von Bedrohungen des Einkommens und des Arbeitsplatzes zu verdeutlichen. Das veranlaßte den DGB dazu, auf seinem 10. Ordentlichen Bundeskongreß 1974 in seiner Entschließung zur Humanisierung der Arbeit festzustellen: „Trotz der unverkennbaren sozialen Fortschritte... haben der technische und organisatorische Wandel sowie das wirtschaftliche Wachstum nicht zu einer allgemeinen Verbesserung der Arbeitsbedingungen geführt. Auf dem Hintergrund... müssen die Gewerkschaften vielmehr in weiten Bereichen eine Verschärfung der Arbeitsbedingungen feststellen.“

Diese Arbeitsverschärfungen sind allerdings auch nicht das automatische Produkt der technischen Veränderungen, sondern des Einsatzes von Technik und Arbeitsorganisation zur Senkung der Lohnstückkosten und zur Steigerung der betrieblichen Rentabilität. Gewerkschaftliche Humanisierungsmaßnahmen und der zumindest zeitweilige Schutz der Arbeitnehmer vor Abgruppierungen nach Rationalisierungen bedeuten dagegen eine Kostenbelastung der Unternehmen, deren Investitionen ja gerade neue Arbeitsplätze schaffen sollen.

Investitionen sind die Voraussetzung für neue Arbeitsplätze. Die Investitionen eines Unternehmers können sowohl auf die Erweiterung der vorhandenen Produktionsanlagen wie auf den Ersatz vorhandener Anlagen gerichtet sein. In beiden Fällen wird mit der Anschaffung der modernsten und „rationellsten“ Maschinen die Produktivität der menschlichen Arbeit gesteigert; arbeitsplatzvernichtenden Charakter haben aber nur Ersatzinvestitionen, bei denen

ein neuer mehrere alte Arbeitsplätze überflüssig macht. Ersatzinvestitionen, die ohne Arbeitsplatzvernichtung die Arbeitsproduktivität steigern, vergrößern die vorhandenen Produktionskapazitäten und machen dadurch zum Teil Erweiterungsinvestitionen und die Schaffung neuer Arbeitsplätze überflüssig.

Die nähere Betrachtung der Investitionen in der Industrie ergibt von 1970 bis 1976 eine Abnahme der Bruttoinvestitionen um 23,9 Prozent (bei den Nettoinvestitionen sind es 49; zugleich ist aber die effektive Nettoproduktion um 11 Prozent angestiegen (die potentielle Nettoproduktion um 18,6) und die Zahl der Beschäftigten hat um 13,7 Prozent abgenommen.

1970 waren zur Erzeugung von 1000 Mark Nettoproduktion noch 52 Beschäftigungsstunden und 81 Mark Nettoinvestitionen erforderlich. 1976 waren es nur noch 38 Stunden und 37 Mark. „Um die gleiche Produktionsmenge zu erzeugen, sind also heute sowohl weniger Arbeitskräfte als auch weniger Nettoinvestitionen erforderlich, das heißt, daß die Investitionen nicht nur arbeitssparend, sondern auch kapitalsparend sind... Es fanden also erhebliche Umstrukturierungen im industriellen Anlagevermögen statt hin zu produktiveren Anlagen mit größerem Ausstoß und geringeren Kosten“, stellte das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Forschungsinstitut des DGB im Dezember 1977 fest.

Regelmäßige Befragungen der Industrieunternehmen durch das IFO-Institut ergaben eine Abnahme der Bedeutung der Erweiterungsinvestitionen an den Gesamtinvestitionen (von 40 Prozent im Jahr 1961 über 55 im Jahr 1970 auf 24 Prozent im Jahr 1976), eine Zunahme der Ersatzinvestitionen von 10 Prozent (1961) auf 31 (1976) und einen seit 1961 fast konstanten Anteil der Rationalisierungsinvestitionen (um 50 Prozent). Ende 1976 nannten von 3359 befragten Industriefirmen als Investitionsmotive (für die Zeit von 1976 bis 1980) 2514 (75 Prozent) die Rationalisierung; 298 nannten die Produktionsausweitung. Eine Berechnung des WSI kommt zu dem Schluß, daß sich das Verhältnis von Erweiterungs- zu Ersatzinvestitionen in der Zeit von 1961 bis 1976 von 80:20 zu einem Verhältnis von 50:50 verschoben hat.

Die Zahlen machen deutlich, daß die Rationalisierung zwar schon immer das Hauptmotiv für Investitionen war, aber darüber hinaus seit 1970 ein abnehmendes Interesse an Erweiterungsinvestitionen und ein gesteigertes Interesse an rationalisierenden (arbeitsplatzvernichtenden oder zumindest kapazitätserhöhenden) Ersatzinvestitionen besteht und dieses Interesse sich auch ökonomisch durchsetzen konnte. Das Ergebnis der IFO-Befragung aus dem Jahr 1976/77 (75 Prozent sehen Rationalisierungen als Hauptziel der Investitionen bis 1980) und die technologischen Veränderungen (insbesondere der Vormarsch der Mikroprozessoren) eröffnen für die nächsten Jahre eher die Perspektive einer weiteren strukturellen Freisetzung als die der Vollbeschäftigung.

Seit 1974 sind die Gesamtnachfrage und das Wirtschaftswachstum nicht mehr in der Lage, das sich vergrößernde Produktionspotential auszulasten. Während sich der Auslastungsgrad der Ka-

pacitäten bei 85 Prozent einpendelt, stabilisiert sich die Zahl der Arbeitslosen seit Ende 1974 bei einer Million. Die Zahl der unbesetzten Arbeitsplätze im Unternehmensbereich wird vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung für 1975, 1976 und 1977 auf ca. zwei Millionen veranklagt. Für 1978 wird eine rückläufige Tendenz angenommen. „Die Lösung kann daher nur in einer erheblichen Vergrößerung der Zahl jährlich neu entstehender Arbeitsplätze liegen“, heißt es. Da die Investitionen aber immer dann stark zurückgehen, wenn die Produktionskapazitäten nicht ausgelastet sind, muß zunächst die Produktion erheblich stärker wachsen als die Kapazitäten, die (infolge von Rationalisierungen) selbst in den „Krisenjahren“ geringfügig erweitert wurden.

Die Steigerung des Bruttosozialprodukts seit Mitte 1975 war zwar von steigenden Anlageinvestitionen, nicht aber von zunehmender Beschäftigung begleitet. Eine Ursache dafür kann darin gelegen haben, daß die Auslandsinvestitionen sprunghaft angestiegen sind und 1976 über sechs Milliarden Mark betragen.

Voraussetzung für arbeitsplatzschaffende Erweiterungsinvestitionen scheint zunächst eine erhebliche Nachfragesteigerung, die nicht nur zur weitgehenden Auslastung der vorhandenen Kapazitäten führt, sondern darüber hinaus auch durch kapazitätssteigernde Rationalisierungsinvestitionen nicht befriedigt werden kann. Angesichts der sehr hohen Exportquoten und Außenhandelsüberschüsse und der schwierigen Wirtschaftssituation in den anderen Nationen ist eine solche Nachfragesteigerung kaum aus dem Ausland zu erwarten.

Unternehmerfreundliche Institute und der Sachverständigenrat sehen allerdings weniger in einer Kaufkraftstärkung zur Förderung der Nachfrage als vielmehr in einer Steigerung der Unternehmensgewinne bei gleichzeitiger Reduktion der Lohnkosten und der Staatsausgaben die Grundlage für einen wirtschaftlichen Aufschwung. Eine der Begründungen für diese These liegt in der Betrachtung des Verhältnisses von Gewinnen und Investitionen: In den letzten Jahren ist die seit 1950 nahezu konstant gebliebene Lohnquote in Krisenphasen meist leicht gestiegen, und dann sind auch die Investitionen weniger stark angestiegen oder zurückgegangen; in Aufschwungsphasen stiegen die Gewinne und mit ihnen die Investitionen meist erheblich an.

„Um die Investitionsneigung der Unternehmen nachhaltig zu erhöhen, ist eine weitere Verschiebung der Einkommensverteilung zugunsten der Gewinne erforderlich. Das heißt im Klartext: Auch 1977 müssen die Unternehmenserträge stärker steigen als die Löhne, damit der Investitionsmotor endlich auf Touren kommt und neue Arbeitsplätze geschaffen werden“, kommentierte beispielsweise der „Weser-Kurier“ Ende 1976.

Überproduktion

Im Januar 1978 warnte das DIW: „Gefahren liegen indes nicht nur in einem übermäßigen Anstieg der Lohnstückkosten; für das erforderliche Wachstum schädlich ist es auch, wenn diese Gefahr nur durch verbreitete und langwierige Arbeitskämpfe verringert werden kann.“ Demgegenüber betont das WSI des Deutschen Gewerkschaftsbundes, im Zuge steigender Gewinne seien von 1969 bis 1971 die Kapazitäten derartig ausgebaut worden, daß eine Überproduktion

die Folge war und die zahlungsfähige Nachfrage nicht mithalten konnte. Indikator für die Überproduktion sind die schlechte Kapazitätsauslastung, die ständigen Exportüberschüsse und die sehr hohen Konsumentenkredite. Das WSI wehrt sich dagegen, „die in der Krise selbstverständlich auftretende Gewinn- und Investitionsschwäche kurzfristig zur Ursache der Krise zu machen“.

Trotz der 1976 gestiegenen Unternehmenserträge und des Realrendit haben nicht die Erweiterungen, sondern nur die rationalisierenden Ersatzinvestitionen zugenommen. Das Problem sind nicht die fehlenden Investitionsmittel, sondern die fehlende Gewinnperspektive für Produktionsausweitungen. Deshalb kritisiert das WSI die These, ein Lohnverzicht würde zu höheren Gewinnen und diese wiederum zu neuen Erweiterungsinvestitionen und mehr Arbeitsplätzen führen, als „verhüllte Interessenstandpunkt“. Eingewendet wird, daß angesichts fehlender Gewinnperspektiven weiterhin nur wenig investiert würde, diese Investitionen entweder im Ausland oder zu Rationalisierungszwecken getätigt würden und die als Nachfragefaktor nicht stark steigenden Löhne die Bedeutung des Export weiter erhöhen würden.

Demgegenüber fordert das WSI ebenso wie die Gewerkschaftstage mehrerer Einzelgewerkschaften zur Arbeitsplatzsicherung: „Wegen der ungeheuren Möglichkeiten, die die moderne Technologie bietet, und der Notwendigkeit, die inhumanen Zustände abzuheben, die darin bestehen, daß Millionen gesunde Menschen von Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit zu Sozialhilfeempfänger verurteilt sind, während gleichzeitig Millionen anderer durch Überstunden und gesteigerten Stress ihre Gesundheit ruinieren, ist der baldige Übergang zur 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich notwendig, um auf diese Weise das Arbeitsvolumen zu begrenzen und die durch die Krise ohnehin erzwungene Arbeitszeitverkürzung (durch Produktionsdrosselung, Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit) gleichmäßig auf alle zu verteilen und dadurch für die Entlassenen und noch Freizusetzenden neue Arbeitsmöglichkeiten zu eröffnen.“

Unter Einbeziehung aller Einwände vermutet das WSI, daß eine solche Arbeitszeitverkürzung zwar nicht die rechnerischen drei Millionen neuen Arbeitsplätze bringen wird, wohl aber „ein spürbarer Abbau der sonst noch weiter wachsenden Arbeitslosigkeit“ zu erreichen wäre. Nicht steigende Unternehmenserträge, sondern eine Senkung der Arbeitszeit bei Lohnausgleich, die Lohnabsicherung von Arbeitern in Rationalisierungsfall und Maßnahmen zur Humanisierung der Arbeit (mehr bezahlte Pausen, Abbau der Schichtarbeit, Abbau von Arbeitsheute und Leistungslohn, inhaltliche Anreicherung der Arbeit und Verlagerung von Entscheidungsbefugnissen zu Arbeitsgruppen etc.) sind als Grundlagen einer Entwicklung zu sehen, in der Wirtschaftswachstum und technischer Wandel der arbeitenden Menschen dienen und nicht auf ihre Kosten zur Bereicherung und Machtsteigerung der Unternehmer beitragen. Die Probleme bei der Durchsetzung einer solchen Politik gegen Unternehmerinteressen werden die Beantwortung der Fragen nach der Entscheidungsbefugnis über den Umfang und das Ziel von Investitionen und damit Überlegungen in bezug auf Investitionslenkungen, Investitionskontrolle durch die Beschäftigten und auch notwendige Vergesellschaftungen erforderlich machen.